

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Neunzehnte Tagung der Konferenz am 10. und 11. Oktober 2022 in Prag

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
2. Einführung.....	2
3. Verlauf der Tagung.....	2
3.1 Sitzung I Aufbau- und Resilienzfähigkeit – Nationale Aufbau- und Resilienzpläne.....	3
3.2 Sitzung II Die Kosten der Energieunabhängigkeit – die Finanzierung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen	4
3.3 Sitzung III Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz Europas – Vorbereitung auf künftige Krisen	4

1. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der neunzehnten Tagung der Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordnete **Dagmar Andres** (SPD),

Abgeordneter **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU),

Abgeordnete **Dr. Ingeborg Gräble** (CDU/CSU),

Abgeordnete **Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter **Karsten Klein** (FDP)

Abgeordneter **Peter Boehringer** (AFD)

Der Bundesrat war nicht vertreten.

2. Einführung

Die Einrichtung der Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten – zu denen mittlerweile alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören – zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Darüber hinaus ist in Artikel 13 die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorgesehen, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Die erste SWKS-Konferenz fand im Herbst 2013 in Vilnius (Litauen) statt.

Gemäß ihrer Geschäftsordnung, die im November 2015 verabschiedet wurde, soll die Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Eine weitere Aufgabe ist die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem legt die Geschäftsordnung fest, dass sich die Delegierten im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel treffen, während die Konferenz im Herbst in demjenigen Land stattfindet, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht in der 20. Wahlperiode aus elf festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit mehreren Delegierten bei der Konferenz vertreten.

3. Verlauf der Tagung

Den Vorsitz der jeweiligen Sitzungen der neunzehnten Tagung der SWKS-Konferenz übernahmen **Josef Bernard**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, **Ivan Adamec**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments und **Vít Kaňkovský**, Vorsitzender des Sozialausschusses des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments.

Der erste Konferenztag widmete sich in einer Sitzung dem Thema Aufbau- und Resilienzfähigkeit und vor allem der Frage inwieweit nationale Aufbau- und Resilienzpläne bereits erstellt oder umgesetzt sind sowie der Möglichkeit, diese aufgrund der geänderten geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Die Debatten der zwei weiteren Sitzungen am zweiten Konferenztag befassten sich mit den Themen Kosten der Energieunabhängigkeit vor allem unter Wahrung des Klimaschutzes sowie der Frage, wie Europa im Hinblick auf zukünftige Krisen, seine Resilienz stärken kann.

Auf der Tagung waren Delegierte aus 23 Mitgliedstaaten sowie dem EP vertreten. Als Beobachter nahmen Abgeordnete der Beitrittskandidaten Montenegro, Serbien und der Türkei teil.

Die Redebeiträge der Konferenz lieferten u. a. **Valdis Dombrovskis**, Kommissar für Handel und Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission (KOM), **Jozef Síkela**, Industrie- und Handelsminister der Tschechischen Republik sowie **Mikołaj Dowgiałewicz**, stellvertretender Generalsekretär der Europäischen Investitionsbank (EIB).

3.1 Sitzung I Aufbau- und Resilienzfazilität – Nationale Aufbau- und Resilienzpläne

EU-Kommissar Valdis Dombrovskis betonte in seinem Eingangsvortrag, dass sich die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) im vollen Umsetzungsmodus befinde. 26 von 27 Plänen seien genehmigt (Ungarn stehe noch aus). Aktuell habe die Kommission 16 Auszahlungsanfragen erhalten, von denen 8 bereits überprüft sind. Im Mai habe die Kommission vorgeschlagen, dass die nationalen Pläne mit sog. RePowerEU-Kapiteln ergänzt werden können, in denen energiepolitische Maßnahmen adressiert werden, um die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern und zuverlässige und nachhaltige Energien zu fördern. Dafür stünden 20 Mrd. Euro an zusätzlichen Zuschüssen aus den Kohäsionsfonds und über 200 Mrd. Euro Darlehen zur Verfügung, die in der Kredit-Komponente der ARF noch nicht verausgabt sind. Der ARF solle nicht nur die grüne und digitale Wende sondern auch den sozialen Zusammenhalt fördern durch Umschulungen, Verbesserungen des Gesundheitssystems und Flüchtlingshilfen. Die ARF habe seit ihrer Einrichtung dramatische Veränderungen erfahren, so dass zukünftig weitere Instrumente eingesetzt werden müssten. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente seien dabei enge Verbündete.

In der anschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass die EU seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine vor enormen Herausforderungen stehe, die nur gemeinsam bewältigt werden könnten.

MdB **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU/CSU) mahnte, dass die hohen Finanzmittel aus der ARF die Inflation in den Mitgliedstaaten nicht weiter anheizen dürfe. Zudem führte sie einen Bericht des Europäischen Rechnungshofs an, der eine ungenügende Verzahnung mit den länderspezifischen Empfehlungen feststelle. Abschließend forderte sie einen engeren Austausch der Mitgliedstaaten untereinander und eine frühzeitige Einbindung der nationalen Parlamente in die entscheidenden Prozesse der ARF.

Der Abgeordnete **Claude Raynal** (Frankreich) bedankte sich für die schnelle Entwicklung und Umsetzung der ARF, merkte aber an, dass bei der Auszahlung der Mittel Vorsicht geboten sei. Es bedürfe eines Kontroll- und Auditsystems in jedem Mitgliedstaat, das eine Herausforderung darstelle, vor allem für Mitgliedstaaten, die den Umgang mit solch hohen Fördersummen nicht gewohnt seien. Es stelle sich auch weiterhin die Frage nach weiteren Eigenmitteln der EU.

MdEP **Margarida Marques** unterstrich die Bedeutsamkeit des Programms NextGenerationEU (NGEU) und die wichtige Rolle der nationalen Parlamente im Hinblick auf die Ratifizierung. Das Programm befähige die EU, die Corona-Krise zu meistern und Prioritäten wie Digitalisierung, grüne Wende und Soziales zu fördern. Das EP arbeite eng mit der Kommission und den Mitgliedstaaten bezüglich der Reformen zusammen. Es werde alles getan, damit alle Mittel bis 2027 abgerufen werden könnten.

MdB **Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht in der ARF und NGEU eine wichtige gemeinsame Reaktion der EU auf die Corona-Pandemie. Sie fragte EU-Kommissar Dombrovskis nach Studien zu Wachstumseffekten von NGEU auf das BIP der Mitgliedstaaten und nach Ideen, wie die ungenutzten Mittel in der Kredit-Komponente der ARF sinnvoll eingesetzt werden können.

Andere Wortbeiträge befassten sich vorwiegend mit den geänderten geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit Einreichung der Pläne und daraus resultierenden möglichen Anpassungen der Zeitabläufe und Meilensteine. Insbesondere die inflationsbedingt gestiegenen Kosten für geplante Projekte und Lieferengpässe gefährden die ursprünglichen Vereinbarungen. Ebenso wurde vielfach auf die mögliche Ergänzung der Pläne um energiepolitische Maßnahmen verwiesen, die in einigen Mitgliedstaaten bereits vorbereitet werde.

Im zweiten Teil der ersten Sitzung hielt der stellv. tschechische Minister für Industrie und Handel, **Marian Piecha**, eine Rede, in der er die Projekte und Maßnahmen des tschechischen Aufbauplans darlegte und auf Schwierigkeiten durch Materialengpässe hinwies. Tschechien sei einer von 10 Mitgliedstaaten, die bereits mit der Kommission in Gesprächen über eine Ergänzung der Pläne um REPowerEU-Maßnahmen stehe.

In der sich anschließenden kurzen Aussprache wurde erneut auf die durch das geopolitische und wirtschaftliche Umfeld schwierigere Zielerreichung verwiesen und eine zusätzliche Finanzierung für REPowerEU gefordert.

3.2 Sitzung II Die Kosten der Energieunabhängigkeit – die Finanzierung von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen

Luděk Niedermayer, Vize-Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) des Europäischen Parlaments (EP) ging in seinem Eingangsvortrag auf die Wichtigkeit von Energieeinsparungen und Investitionen in erneuerbare Energien und Energiespeichermöglichkeiten ein. Dabei sei es nötig, durch richtige Anreize mehr private Investitionen zu generieren, so dass weniger öffentliches Geld notwendig werde. Die Inflation müsse entschlossen bekämpft werden. Es sei fraglich, ob die Anhebung der Zinsen ausreichend sein werde, da dies zu höherem Schuldendienst führe. Es müsse auch über neue Steuern nachgedacht werden.

Jozef Síkela, Industrie- und Handelsminister der Tschechischen Republik, führte in seiner Rede aus, dass die Energieunabhängigkeit für ein kleines Land wie Tschechien schwer zu erreichen sei. Dafür sei es nötig, die Industrie mit hohen Finanzmitteln energetisch zu modernisieren. Die Zukunft der Energiesicherheit läge in einem ausgewogenen Energiemix, wofür auch die Kernenergie nötig sei. Tschechien arbeite daran, schneller erneuerbare Energien einzuführen (u. a. Photovoltaik), dabei sei das Thema Speicherung sehr wichtig. Das Aufhalten des Klimawandels bleibe oberste Priorität, weil die Kosten des Nicht-Tätigwerdens jedes Jahr steigen.

Jaroslav Míl, Wirtschaftsexperte, ehemaliger Direktor von ČEZ (Energieversorgungsunternehmen) und früherer Regierungsbeauftragter für nukleare Energie, zählte zunächst alle in der Vergangenheit begangenen Fehler auf und meinte, man hätte die Krise voraussehen und die Energieabhängigkeit verhindern können. Der Anstieg der Energiepreise habe bereits 2021 begonnen, aber Vorschläge, das Energiemarkt-Design zu ändern, wurden nicht gehört. Es handele sich um ein intransparentes System. Ein gemeinsames Beschaffungssystem mit langfristigen Verträgen wäre vorteilhaft. Leider seien Gewinne in der Vergangenheit die Priorität gewesen.

Der Abgeordnete **Arto Pirttilahti** (Finnland) betonte, dass die EU gemeinsam unabhängig von den fossilen russischen Energieträgern werden müsse. In Finnland gäbe es bereits einen „Diversity Mix“ aus Sonne, Wind und Wasser. Kraftwerke würden hauptsächlich mit Biomasse betrieben. Aber auch Atom- und fossile Energie kommen weiter zum Einsatz. Nur so sei es möglich, die Energiesicherheit in der EU auch in Zukunft zu gewährleisten.

Der Abgeordnete **Andreas Minnich** (Österreich) äußerte die Hoffnung, dass schwierige Zeiten auch ins Positive gedreht werden können und erinnerte an die schwierige Umstellung von Glühbirnen auf LED-Lampen in der EU, die am Ende zu so großen Energieeinsparungen geführt habe. Die EU solle sich auf ihre Stärke besinnen, neue Wege einzuschlagen und Innovationen mithilfe von Forschung und Entwicklung zu fördern. Vor allem die Forschung zu Wasserstoff, der gut gespeichert werden könne, sollte vorangetrieben werden.

MdB **Karsten Klein** (FDP) merkte an, dass die Inflation das Vertrauen der Bürger in die Klimapolitik gefährde und fragte nach den europäischen Überlegungen zur Reform des Strommarkt-Designs. Er wies darauf hin, dass staatliche Kernaufgaben durch stabile Staatsfinanzen finanziert werden müssen. Deshalb solle man bald zu einer soliden Finanzpolitik zurückkehren.

Der Abgeordnete **Neale Richmond** (Irland) zeigte sich damit einverstanden, dass es wichtig sei, langfristige Planungen für die Zukunft aufzustellen, aber jetzt sollte es vor allem darum gehen, sich über Maßnahmen Gedanken zu machen, die den Bürgerinnen und Bürgern sofort helfen würden, wie z. B. die Übergewinnsteuer, die EU-weit erhoben werden sollte, um ein wenig die Last von den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu nehmen.

3.3 Sitzung III Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz Europas – Vorbereitung auf künftige Krisen

Mikołaj Dowgielewicz, stellvertretender Generalsekretär der Europäischen Investitionsbank (EIB), sprach von Resilienz als „Impfstoff gegen Krisen“. In der COVID-19-Pandemie, die einen symmetrischen Schock dargestellt habe, sei in Europa schnell ein Konsens für solidarisches Handeln und eine geeinte Währungspolitik gefunden worden. Dowgielewicz betonte die Rolle der EZB. Gleichzeitig dürften sich die Mitgliedstaaten nicht zu sehr auf die Geldpolitik verlassen. NGEU sei in diesem Zusammenhang ein einzigartiges Instrument. Resilienz erfordere auch langfristige Maßnahmen für eine grüne und digitale Transformation. Dabei seien technologischer Fortschritt und digitale Innovation die Schlüssel zum Erfolg. Beim grünen Wandel habe die EU eine Führungsposition inne. In diesem Zusammenhang ging er auf REPowerEU ein. Schließlich betonte Dowgielewicz die wichtige Arbeit der EIB in der aktuellen Situation und kündigte an, dass die EIB Ende Oktober 2022 ein Finanzpaket bis 2027 vorschlagen werde.

Lina Gálvez Muñoz, Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des EP, betonte den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit. In der COVID-19-Krise sei die große Abhängigkeit von China offenbar geworden. Insofern müsse die strategische Autonomie Europas sowohl die Energie- als auch die Rohstoffversorgung umfassen. Die EU könne stolz sein auf ein gemeinsames Vorgehen und eine gemeinsame Schuldenaufnahme. Daneben dürfe jedoch die soziale Gerechtigkeit nicht vergessen werden. Insofern habe die Pandemie gezeigt, dass soziale Ungleichheit zu Fragilität der Wirtschaft führe. Als Maßnahme für soziale Gerechtigkeit erwähnte Muñoz den Klimasozialfonds. Daneben seien Vermögenssteuern, Übergewinnsteuern und Sozialbeiträge von großer Bedeutung sowie Mindestlöhne und Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarbeit. Schließlich ging sie darauf ein, dass Umfragen eine Abwendung insbesondere jüngerer Menschen von der Demokratie zeigten. Daher bedürfe es vor allem Antworten und Chancen für Jüngere.

Marian Jurečka, stellvertretender Premierminister der Tschechischen Republik und Minister für Arbeit und Soziales, stellte fest, dass Europa gemeinsam gut und solidarisch durch die COVID-19-Pandemie gekommen sei. Nun habe jedoch der Krieg in der Ukraine zu einer Instabilität auf den Märkten und erheblichen Preissteigerungen geführt. In der Tschechischen Republik bestehe ein sehr robustes Sozialsystem. Die tschechischen Bürgerinnen und Bürger würden erheblich bei den Miet- und Energiekosten unterstützt. Europa sollte nun nach gemeinsamen Lösungen suchen. Ein Wettbewerb unter den Mitgliedstaaten müsse vermieden werden. Insofern gebe es auch große Herausforderungen im Hinblick auf die Kommunikation untereinander. Gemeinsam sei die EU in der Lage, gestärkt aus Krisen herauszugehen.

In der anschließenden Diskussion wurde vielfach die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die grüne und digitale Transformation betont. Es müsse Anreize und hinreichende Flexibilität für notwendige Investitionen geben.

Abgeordnete **Isabel Meirelles** (Portugal) stellte sich die Frage, wie schnell gemeinsame Strategien und Lösungen gefunden werden könnten, da sich das wirtschaftliche Umfeld ständig verschlechtere und vor allem die ärmsten Menschen unter den Preissteigerungen litten. Die EU müsse ihre Mittel bündeln und die Haushalts-Politik so ausrichten, dass wiederkehrenden Schocks widerstanden werden könne. Zinserhöhungen seien nicht ausreichend, Wachstum müsse stimuliert und die Beschäftigungspolitik verbessert werden, u. a. sollten Frauen stärker gefördert und mehr in den Arbeitsmarkt eingebunden werden.

Abgeordneter **Jerome Caruana Cilia** (Malta) war der Überzeugung, dass die EU, um Resilienz zu erreichen, neue wirtschaftliche Branchen fördern müsse, die zu mehr Wachstum führten und qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze generierten. Malta habe dies in der Vergangenheit getan und u. a. in die Bereiche Finanzen, Gaming, Luftfahrt, Medizin investiert. Diese Umgestaltung habe viele Jahre gedauert, aber diese klare wirtschaftliche Vision habe letztendlich zu sehr viel Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger geführt.

Abgeordnete **Savoulla Orphanidou** (Zypern) sah die ARF als richtiges Instrument an, um auf die Krisen zu reagieren und die EU wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Sie unterstützte die Vorschläge der Kommission zur Implementierung von REPowerEU zur Förderung der Energieunabhängigkeit von russischem Öl und Gas. Die Debatte um die strategische, wirtschaftliche Ausrichtung der EU sei eine der wichtigsten im Hinblick auf Energie- und Klimakrise, Sicherheitsfragen, Migration und der Verteidigung der demokratischen Werte.

Abgeordneter Christian **Petry** (SPD) nahm Bezug auf das Ziel einer strategischen Autonomie Europas und betonte, dass im Hinblick auf ein soziales und demokratisches Europa ein breiter Ansatz notwendig sei. So brauche es auch mittel- und langfristige Maßnahmen. Daneben müssten auch die Aufgabenverteilung zwischen Kommission, des EP, des Rates und der EZB hinterfragt werden. Auch die Aufnahme neuer Eigenmittel müsse diskutiert werden.

Berlin, den 17. Januar 2023

Christian Petry
Delegationsleiter

